

Investigativer Journalismus

Die 1985 gegründete Organisation *Reporter ohne Grenzen* verteidigt die Presse- und Informationsfreiheit weltweit. Wir beobachten, dass es der investigative Journalismus in Ländern mit diktatorischen oder autoritären Regierungen und in Krisengebieten noch sehr viel schwerer als in demokratischen Ländern hat:

Wo es kein pluralistisches Mediensystem gibt, wo Staat und Unternehmen weder von der Justiz noch von einer funktionierenden Zivilgesellschaft dazu gedrängt oder gezwungen werden, auch nur ein Mindestmaß an verlässlichen Informationen an Medien und Bevölkerung zu geben, muss sich jeder Journalist und jede Journalistin die Informationen durch eigene Nachforschungen selbst erarbeiten.

Dazu brauchen Journalisten ganz anderen Mut als nur den, sich lediglich gegen den eigenen Chefredakteur oder gegen auskunftsunwillige Ämter und Pressestellen durchzusetzen. Wenn Journalisten in Mexiko, Honduras oder El Salvador zu den Machenschaften der Drogenkartelle recherchieren, riskieren sie, ihr Engagement mit dem Leben zu bezahlen. Allein in Mexiko sind in den letzten zehn Jahren 44 Journalisten und vier Medienmitarbeiter ermordet worden. Ähnlich schlimm sieht es in Russland aus, wo seit dem ersten Amtsantritt von Wladimir Putin 1999 34 Journalisten und ein Medienmitarbeiter umgebracht wurden – die meisten, weil sie sich mit lokalen Autoritäten oder Mafiagruppen angelegt hatten. Das ist Zensur durch Mord, denn jeder dieser Morde schreckt viele andere Journalisten ab, sich heiklen Themen zuzuwenden.

Repressive Regime werten das Aufspüren von Korruption entweder als Verrat von Staatsgeheimnissen oder auch als Diffamierung „ehrbarer Bürger“. Tatsächlich sind Journalisten in Ländern mit einer qualitativ schlechten Medienlandschaft, wenig ausgebildeten Journalisten und kaum Zugang zu staatlichen Informationsquellen oft dar-

auf angewiesen, nicht überprüfbare Tipps von Informanten über Korruption zu veröffentlichen – an Dokumente ist kaum heranzukommen.

Auf investigativ arbeitende Journalisten warten neben den Gefahren für Leib, Leben und Freiheit noch andere Methoden repressiver Regime: Vie-

lerts beherrscht der Staat die Druck- und Vertriebsmöglichkeiten für Printmedien. Kritische Zeitungen und Zeitschriften erhalten – wie

in Weißrussland – die Kündigung der Druckverträge oder werden unter einem Vorwand vom Postvertrieb ausgeschlossen. Elektronische Medien, die fast überall auf staatliche Lizenzen und die Zuteilung von Frequenzen angewiesen sind, lassen sich durch die Drohung, die Lizenz entzogen zu bekommen oder die Kündigung von Frequenzen, einschüchtern oder zum Schweigen bringen.

Investigativer Journalismus braucht Informanten, meist aus Ämtern oder Unternehmen, die Auskünfte geben und vor allem Dokumente zu spielen, um Behauptungen und Vorwürfe belegen zu können. Um potenzielle Informanten abzuschrecken, werden diese *Whistleblower*, die auf Anonymität angewiesen sind, oftmals strafrechtlich verfolgt – selbst in demokratischen Ländern. Um ihre Identität herauszufinden, klagt man die Journalisten an, die das Material veröffentlicht haben – mit dem einzigen Ziel, dass sie ihre Quellen preisgeben. In Deutschland ist dieses Vorgehen vom Bundesverfassungsgericht im sogenannten *Cicero-Urteil* 2007 untersagt worden. Im Anschluss daran hat der Deutsche Bundestag das Strafgesetzbuch entsprechend geändert. Allerdings steht die „*Anstiftung zum Verrat von Dienstgeheimnissen*“ auch für Journalisten weiter unter Strafe.

Michael Rediske

Geschäftsführer des Journalistenverbandes Berlin-Brandenburg, ehrenamtlicher Vorstandssprecher von *Reporter ohne Grenzen* e. V.

